

Clemenceau gegen die britische Spekulation.

Bern, 12. Mai.

In seinem Blatte „L'Homme Enchaîné“ unternimmt Clemenceau einen heftigen Angriff gegen die englische Regierung, weil sie die gewisslose Ausbeutung der notleidenden Verbündeten durch Spekulanten unter den britischen Hebern zulasse. Clemenceau, dem die Senjur die schärfsten Stellen gestrichen hat, schreibt u. a.:

Es wäre Pflicht der englischen Regierung, der Spekulation eine Schranke zu setzen. Die Engländer haben ihr Blut vergossen und vergießen es gewiss, sie haben auch endlich die allgemeine Wehrpflicht eingeführt. — lange genug haben sie allerdings dazu gebraucht. — Sie legen Zeugnis für die besten Tugenden ab, aber in der Erwägung, daß Jugend ohne Geld ein unnützes Möbel ist, behalten sie das selte Metall. Die Frage der Frachten und der Feuerung ruht nicht bloß bei uns recht lebhaft Besorgnisse hervor. Unsere Freunde und Verbündeten, die Italiener, lassen in jeder Zeitung heftige Proteste hören, die, so hoffen wir, verstanden werden.

Zum Schluß fordert der Artikel die britische Regierung auf, bald Abhilfe zu schaffen, da das bisherige Treiben die Widerstandskraft Frankreichs und Italiens vermindern müßte.

Salandra in „schrecklichen Ängsten“.

Lugano, 12. Mai.

In Brescia hielt der italienische Ministerpräsident eine Rede, in der er zunächst behauptete, die Italiener hätten im Kriege ihre kühnsten Erwartungen übertroffen gesehen. Dann aber fuhr er fort:

Gleichwohl fühlen die Männer, die den italienischen Krieg eingeleitet haben, ihre Seele zuweilen von schrecklichen Ängsten erfüllt. Ich reise im Lande nicht etwa umher, um die anderen zu ermutigen, sondern um mich selbst ermutigen zu lassen. Ich weiß nicht, wie lange der Krieg noch dauern wird, aber das weiß ich, daß Italien siegen muß, sonst sind wir verloren.

Man kann Herrn Salandra nachfühlen, daß er in Angst gerät. Denn die Nachrichten über die Kriegsumwälzungen in Italien kommen ihm noch eher und vielleicht noch deutlicher zu als uns. In Montina veranstalteten 6000 Frauen eine Demonstration gegen den Krieg, in Neapel verbrennt man öffentlich die Bilder der Kriegsheber, in Apulien und der mailändischen Ebene erhebt sich das Volk gegen die Grundbesitzer, weil es sie für die Anstifter des Krieges hält, an anderen Stellen meißelt das Militär — Salandra hört die Glocken des nahenden Gerichts und gerät in Ängste.

Aus Mexiko.

Paris, 12. Mai. Nach einem Telegramm des „Petit Parisien“ aus Washington sind alle Amerikaner ersucht worden, sich unverzüglich aus Mexiko zu entfernen. General Pershing habe Befehl erhalten, sich der Grenze zu nähern und seine Verteidigungslinien zu verkürzen.

Nach einem New Yorker Telegramm des „Petit Parisien“ nimmt die mexikanische Angelegenheit eine glänzendere Wendung. Eine Vereinbarung mit Carranza, über gemeinsame Maßnahmen der Mexikaner und Amerikaner gegen die Banditenkreuzzüge, ist im Werden.

Wien, 12. Mai. Im Staborte des Armeoberkommandos fand gestern die Promotion des Feldmarschalls Erzherzog Friedrich zum Ehren doktor der philosophischen Fakultät der Wiener Universität statt.

Amsterdam, 12. Mai. Nach dem „Daily Telegraph“ erhöhte der bei Newcastle ansässige J. Cowen die Belohnung für den Luftschiffer, der als erster einen Bepfeiler in britischen Gewässern oder auf britischem Gebiet herunterholen würde, auf 2000 Pfund.

Rom, 12. Mai. Die „Agenzia Stefani“ meldet, daß außer dem Hafen Bardia auch Marsa-Moresa an der Küste der Libyen durch italienische Truppen besetzt worden sei. Sald Sillal, der Bruder des Scheiks der Senussi, habe an der Expedition teilgenommen.

Lugano, 12. Mai. Wie aus zuverlässiger Quelle berichtet wird, verweigerte in den Kasernen von Piacenza ein italienisches Regiment den Gehorsam. An der Front rebellierte die Cassari-Brigade.

London, 12. Mai. In Madrid sind 900 Deutsche aus Kamerun angekommen. 5000 Eingeborene und eine Anzahl Europäer bleiben in Spanisch-Guinea.

Grimsby, 12. Mai. Der Fischdampfer „Horn“, der am 22. April von hier auslief, ist wahrscheinlich von deutschen Kriegsschiffen versenkt worden, nachdem die Mannschaft gefangen genommen wurde.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

+ Im Hauptausschuß des Reichstages wurde über Senjur und Belagerungszustand verhandelt. Von verschiedenen Seiten wurden Klagen laut über die Handhabung der Senjur und der Schutzhaft. Zahlreiche Resolutionen liegen dem Ausschuss vor, so auf Aufhebung der Senjur und des Belagerungszustandes, für Übertragung der Senjur in nichtmilitärischen Angelegenheiten und für Übertragung der Aufsicht über Vereins- und Versammlungsrecht an die Zivilbehörden unter Verantwortung des Reichskanzlers, für Einschränkung der Schutzhaft, für größere Freiheit im Vereins- und Versammlungsrecht.

+ Der Ausschuss des Reichstages begann die Beratung der Novelle zur Reichsversicherungsordnung. Sie bestimmt, daß 1. Altersgrenze vom vollendeten 65. Lebensjahre ab gewährt, 2. die Altersrente für das zweite und jedes weitere Kind von $\frac{1}{100}$ auf $\frac{1}{50}$ der Invalidenrente des verstorbenen Ernährers verdoppelt, 3. die Beiträge um wöchentlich zwei Pfennig für jede Lohnklasse erhöht werden. Zur Herabsetzung der Altersgrenze lag ein sozialdemokratischer Antrag vor, die Altersgrenze von 1200 auf 1000 Beitragswochen zu verringern. Der Antrag wurde abgelehnt, dagegen die Grenze für die Bezugsberechtigung der Altersrente einstimmig nach der Vorlage auf das vollendete 65. Lebensjahr festgesetzt.

Norwegen.

* Norwegische Zeitungen führen Klage, daß ungeheure Massen Fische und Dorsche verfaulen, die englische und französische Luftschiffe in Häfen der norwegischen Westküste aufgestapelt haben, ohne für den einheimischen Markt nutzbar gemacht werden zu können. Das fischreiche Norwegen ist nämlich durch das Treiben der englisch-französischen Agenten, die alle überhaupt auftretenden Fische zu fabelhaften Preisen aufkaufen, damit sie ja nicht nach Deutschland gehen, in die unangenehme Lage gekommen, selbst Fische zu noch höheren Preisen

aus Dänemark zu importieren, um dem Mangel im eigenen Lande einigermaßen abzuwehren. Ähnlich verhält es sich mit dem norwegischen Tron, den eine in englischen Solde stehende Bergener Exportfirma fast ganz an sich gebracht hat, um die Ausfuhr nach Deutschland zu erleichtern oder von dort wenigstens Kupferpreise zu erzielen. Die Bergener Spekulanten sind aber in ihrem eigenen Trane sitzengelieben. Deutschland hat sich dem norwegischen Tronmarkt unabhängig gemacht und den Engländern ihre unverhältnismäßig teuer bezahlte Ware auf dem Halle gelassen, so daß sie nun im Trane förmlich erstickt.

Großbritannien.

* Die militärischen Einrichtungen verlegen die irische Bevölkerung in wachsende Erregung, auch denjenigen Teil, der sich dem Aufstand ferngehalten hat. Asquith mußte im Unterhause zugeben, daß ein Journalist namens Steffington handrechtlich erschossen wurde, weil die Aufständischen sich seines Hauses bemächtigt hatten. Asquith erklärte, Steffington sei ohne Vorwissen der militärischen Autoritäten getötet worden. Der Offizier, der die Hinrichtung befahl, werde vor ein Kriegsgericht gestellt werden. Der Abgeordnete Healy schlug vor, den Offizier der Zivilgewalt als gewöhnlichen Mörder zu überliefern. Der Nationalist Dillon verlangte, daß die Hinrichtungen eingestellt werden, und daß die Gerichtssitzungen in Zukunft öffentlich sein sollen, damit den brennenden Berichten über das Auftreten der Militärbehörden ein Ende gemacht werde. Beim Aufstand sind nach Asquiths Darlegungen 1816 Personen verwundet worden, von denen 304 gestorben sind. Er teilte ferner mit, daß er sofort nach Irland abreisen beabsichtige, um dort mit den Militär- und Zivilbehörden zu beraten, und die Verhältnisse in Irland für die Zukunft so zu regeln, daß alle Parteien Irlands damit zufrieden sein würden. „Times“ schreiben, das Parlament befinde sich infolge der irischen Frage in einem nervösen Zustand. Es sind deutliche Anzeichen vorhanden, daß die jüngsten Ereignisse eine veränderte parlamentarische Lage erzeugt haben, in der die irischen Parteien eine Rolle von wachsender Bedeutung spielen können.

Aus In- und Ausland.

Berlin, 12. Mai. Wie von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, steht eine neue Regelung des Verkehrs in Sächsischen unmittelbar bevor.

Hamburg, 12. Mai. Die bulgarischen Abgeordneten trafen von Kiel kommend, gestern Abend hier ein. Auf dem Bahnhof und dem Wege zum Hotel wurden die Gäste vom Publikum herzlich begrüßt.

Wien, 12. Mai. Wie die wehrussische Zeitung „Soman“ mitteilt, schließen sich die Wehrussen dem Aufruf der unterdrückten Völker Rußlands an den Präsidenten Wilson an.

Petersburg, 12. Mai. Die Petersburger Telegraphen-Agentur meldet aus Teheran: Der türkische Unterthan Djemal Bey hat einen Anschlag auf den österreichisch-ungarischen Gesandten Graf Ragotsch verübt. Der Gesandte wurde nicht verletzt.

Deutscher Reichstag.

(17. Sitzung.) OB. Berlin, 12. Mai.

Als erster Punkt der Tagesordnung steht zur Verhandlung die „kurze Anfrage“ des Abg. Dr. Herzfeld (Soz.) über den Inhalt des

deutsch-österreich-türkischen Bündnisvertrages,

der, nach einer Äußerung des türkischen Ministers des Äußern auf einem Jungtürken-Bankett in Konstantinopel in Vorbereitung oder bereits abgeschlossen sein soll. Unterstaatssekretär Zimmermann: Die Äußerungen des Ministers sind in der Anfrage Dr. Herzfeld nicht ganz richtig wiedergegeben. Es handelt sich um das Defensivbündnis, das schon vor längerer Zeit abgeschlossen wurde, aber geheim gehalten werden muß. Daneben schweben noch Verhandlungen über einen Konfular-, einen Niederlassungs- u. a. Vertrag, die sich im wesentlichen an frühere Verträge anlehnen und selbstredend vor ihrer Ratifizierung dem Reichstag zur Beschlußfassung vorgelegt werden sollen.

Weiterberatung des Etats.

In der zweiten Beratung des Etats, die das Haus nunmehr beginnt, wird zunächst der Etat des Reichstags vorgenommen. Zunächst kommt das Haus zurück auf die

Vorgänge am 8. April d. J.

Dazu liegen zwei Anträge der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft vor, die die Senjur der Presseberichte über eine Reichstags-Sitzung durch das Reichstags-Präsidium wie sie am 8. April anläßlich des Zwischenfalls Liebknecht vorgenommen sein soll, für unzulässig erklären, und zum Schutze der Redefreiheit Maßnahmen verlangen, die es z. B. verhindern sollen, daß wie es am 8. April dem Abg. Liebknecht geschah, ein Redner durch ein anderes Mitglied des Hauses von der Fortsetzung seiner Ausführungen abgehalten wird.

Vizepräsident Dove erklärt, er wolle diese Anträge, die zum Teil eine Kritik des Präsidenten enthielten und über deren Zulässigkeit man daher im Zweifel sein könne, trotzdem zur Erörterung zulassen, ohne daß jedoch damit ein Präjudiz geschaffen werden dürfe.

Berichterstatter Abg. Paasche (natl.) wiederholt noch einmal die Vorgänge in der Sitzung vom 8. April und die Gründe, die das Präsidium veranlaßt hätten, in den Berichten der Presse einige in der Erregung gefallene Äußerungen und die eingehende Schilderung des daran sich anschließenden etwas tumultuarischen Vorganges zu streichen, beziehungsweise die Presse um Unterdrückung dieser Stellen in dem Bericht zu bitten. Die Militärsenjur habe bei alledem nicht mitgewirkt. Davon, daß die Presse alle Zwischenrufe, die laut werden, nachdem die Glocke des Präsidenten bereits ertönt, in den Bericht bringen müsse, könne doch keine Rede sein. Solche Zwischenrufe kommen nicht in den stenographischen Bericht und gehören im Grunde auch nicht zu der, durch die Verfassung geschützten „wahrheitsgetreuen Berichterstattung“. In der Kommission hat der Präsident eine Erklärung über seine Geschäftsführung oder eine Rechtfertigung derselben abgelehnt und nur betont, daß er alles getan habe, die Würde des Hauses und die Autorität des Präsidiums zu wahren. Die Kommission hat das ausdrücklich anerkannt. Die im zweiten Falle an dem Präsidium geübte Kritik hat die Kommission ebenfalls abgelehnt.

Abg. Ledebour (Soz. Arbeitsg.): Unser Antrag bezweckt, jede Unterbindung wahrheitsgetreuer Berichterstattung unmöglich zu machen, noch mehr aber die Redefreiheit der Abgeordneten zu schützen. Schon Stimson, der erste Reichstagspräsident, hat festgestellt, daß die Geschäftsordnung des Reichstags der beste Schutz der Minorität sein und bleiben müsse. Die Ausführungen, die Abg. Liebknecht am 8. April machen wollte, decken sich mit den vorherigen Äußerungen der bürgerlichen Presse. Der Präsident hat sich damals

mehr gegen andere Mitglieder des Hauses wenden müssen, als gegen den Abg. Liebknecht. Denn erst als der Abg. Subrich ihm die Manuskripte entzog und der Abg. Müller-Meinungen sich als Schutzmännchen aufstellte, sei Liebknecht in begreiflicher Erregung dem Präsidenten Anlauf zum Einschreiten. (Wiesache Zwischenrufe, worauf Abg. Ledebour sagt: Lassen Sie doch die papageienhaften Juristen Vizepräsident Dove ruft den Redner zur Ordnung.) Abg. Ledebour fährt fort: Bei der Beratung nach der Sitzung vom 8. April über die Art der Berichterstattung haben der Staatssekretär Dr. Helfferich und ein Vertreter des Generalstabs mitgewirkt. Zum Schluß wendet sich Abg. Ledebour an die Vertreter der Presse, die sich, wenn sie ihre im Reibe hätten, von niemand beeinflussen lassen dürften. (Beifall auf der äußersten Linken. Unruhe.)

Abg. Scheidemann (Soz.): Meine Parteifreunde sind natürlich für jeden Schutz der parlamentarischen Rechte und für unbedingte wahrheitsgetreue Berichterstattung. Wie sie die Verfassung gewährleistet. Wir glauben jedoch, daß die Annahme der Resolution die Rechte des Präsidenten ungewollt erweitern, die Rechte der Mitglieder aber vermindern würden. Wir dürfen uns jetzt wegen eines Einzelfalles nicht selbst eine Kette binden, die uns später vielleicht einmal recht empfindlich treffen könnte. Wir bedauern die Vorgänge in der Sitzung vom 8. April, insbesondere das Verhalten der Abgg. Subrich und Müller-Meinungen. Wir sprechen die Erwartung aus, daß der Präsident künftig jeden Redner gegen solche Gewalttätigkeiten schützen wird. Auch die wahrheitsgetreue Berichterstattung über unsere Verhandlungen muß selbstverständlich geschützt bleiben.

Abg. Viefching (Op.): Um die Vorgänge vom 8. April zu verstehen, muß man sich doch erinnern, wie diese Sitzung entstanden ist, wie insbesondere durch das Verhalten Liebknechts bei der Kanzlerrede am 6. April und wie durch die Rede Liebknechts am 7. April (über die Reichsanleihe eine geradezu unerträgliche Nervosität und eine Gereiztheit gerade bei denen hervorgerufen werden mußte, die das Glück hatten, in nächster Nähe dieses Herrn sitzen zu müssen. (Stürmisches Sehr richtig!) Abg. Müller-Meinungen in Liebknecht erst angefaßt, als Liebknecht bereits von der Sitzung ausgeschlossen war, trotzdem die Tribüne nicht verließ, sondern fortwährend dem Präsidenten Insulten vorwarf.

Abg. Dr. Paasche (natl.): Der Abg. Ledebour hat die Vorgänge bei der Einwirkung auf die Berichterstattung am 8. April falsch geschildert. Der Bericht ist nicht „verstümmelt“ worden; man hat bloß den Wunsch ausgesprochen, daß die „Stimmungsbilder“, die über die Sitzungen vertrieben werden, gewisse Einzelheiten nicht allzu breit schildern oder gar übertreiben möchten. Der Staatssekretär Helfferich hat sich nicht beteiligt, er hat auf meine Einladung nur seine Ansicht über den Fall geäußert. (Hört, hört! bei den Soz.) Das ist doch nichts Böses, nichts Unlauteres! Es wäre besser gewesen, alle diese wenig erbaulichen Details nicht durch die heutigen Verhandlungen nun doch ins Protokoll zu bringen.

Abg. Stadthagen (Soz. Arbeitsg.): Es handelt sich bei dem, was wir wollen, nicht um Beschränkung der Redefreiheit, sondern um Beschränkung von Gewalttätigkeiten. Die von Präsidium vorgenommenen Korrekturen richteten sich nicht gegen die „Stimmungsbilder“, sondern gegen die Berichte, und es war nicht nur eine Bitte, sondern eine Folge von Drohungen begleitete Aufforderung.

Nach einer Reihe wenig wesentlicher Bemerkungen wird Absatz 1 der von der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft beantragten Resolution gegen die Stimmen beider sozialdemokratischen Parteien, Absatz 2 gegen die Stimmen der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft abgelehnt. Das Haus wendet sich der Vereinsgesetznovelle wieder zu und vertagt sich dann.

Die Aprilkämpfe im Westen.

Von besonderer Seite wird aus dem Felde geschrieben.

Seit nunmehr zwei und einem viertel Monat wird bei Verdun eine riesige Schlacht, die ohne Beispiel in der Weltgeschichte ist, Tag und Nacht mit nur vorübergehender geminderter Festigkeit fort. Ihr Ende ist auch heute noch nicht abzusehen. Für die Nordgruppe der Angriffskräfte, welche in den vorausgegangenen Wochen siegreich aus der Meuse bis zum Stellung der Côte Vorraine vorgegangen war, bedeutete der April einen völligen Stillstand der Operationen. Die Nordgruppe dagegen, von Dorfe Raux bis zur Maas, vermochte in diesem, mehr als vollem Ringen ihre Stellung beträchtlich zu verbessern.

I.

Beiderseits der Maas.

Am Abend des 2. April brachte ein Angriff beiderseits des Forts Douaumont Geländegewinn im Caillette-Walde und bis halbwegs zur Fernen Thiaumont. An letzterer Stelle wurde am 17. April noch ein weiterer gewichtiger Fortschritt erzielt: Die französische Stellung auf der Bergnaie nördlich der Fernen, welche schon seit dem Beginn der Kämpfe um Fort und Dorf Douaumont eine schwere Bedrohung für unser Vorgehen und für das Festhalten der Kräfte gewesen war, wurde durch einen kräftigen Angriff aus dem Albain-Walde heraus erobert. Weiter nördlich wurde der Albain-Wald bis an den Weg Bras-Douaumont gesäubert, anschließend wurde der Feind von der Höhe des Weffertduns in die Mulde östlich Bacherawille geworfen. Alle diese Errungenschaften wurden einem scharfen Widerstande der Franzosen abgetrotzt und mußten alsbald gegen wütende Gegenangriffe gehalten werden.

Während so auf dem östlichen Maasufer im ganzen Monat April in beständigem schweren Ringen schon erhebliche Verbesserungen unserer Stellung erzielt worden konnten, haben die Operationen auf dem Westufer im Laufe von heftigen, mit wechselndem Erfolg hin- und herwogenden Kämpfen unseren Waffen hochbedeutende Fortschritte gebracht. Nach der Eröffnung des Waldes bei Anocourt war zwischen dessen Ostspitze und der Höhe südlich Béchincourt (Nordwestspitze der Toten Maas Stellung) noch ein weit in die deutschen Stellungen vordringendes Geländestück.

Die vielberufene „Zackstellung“.

In Händen des Feindes geblieben. Von dieser wurde ihm nun während des April in rastlosem Vordringen ein Stück nach dem andern entziffen. Nachdem schon am 30. März der westliche Stützpunkt, das Dorf Malancourt, in unsere Hände gefallen war, verlor der Feind am 1. April seine Linien nördlich dieses Dorfes und zwei Tage später seine Stützpunkte nördlich des Forges-Waldes, ausschließlich des Dorfes Béchincourt. Am 5. April fiel das einen südöstlichen Ausläufer von Malancourt bildende Dorf Hancourt und am 9. auch der rechte Flügelpunkt, das Dorf Béchincourt selbst. Am 10. führten wir noch die Werke östlich

und „Gothringen“ südwestlich Bethincourt und hielten da- mit die ganze erste französische Stellung von Doucourt bis zur Höhe 265 in Händen. Schon am Tage vorher hatte ein Angriff an der Mort-Homme-Stellung auch die süd- östliche Gruppe des auf der französischen Karte als „Mort- Homme“ bezeichneten doppelgipfligen Höhenrückens in unsere Hände gebracht und damit dem französischen Druck- gegenüber die Frage, ob wir oder die Franzosen den Mort-Homme besäßen, ein Ende bereitet. Ferner fiel ein Schlupfwinkel nördlich des Dorfes Cumieres in unsere Hand. Alle gewonnenen Geländestücke mußten gegen heftige Gegenangriffe gehalten und im stärksten feindlichen Feuer misshandelt werden. Am 22. April setzte die Westgruppe in einem neuen Stoß an und warf den Feind auch vom Westhang der

Höhe 295 (Roter Mann).

auf dem er sich bisher noch halten konnten, bis zum Nachmittage südlich Cumieres zurück. Dafür gelang es dem Feind am 23., im Verlauf heftiger Gegenangriffe einige Grabenstücke am Osthang der Höhe 295 zurück- zugewinnen, die ihm aber am 25. wenigstens teilweise wieder entzogen werden konnten. Auch während der letzten Apriltage hat der Feind seine Gegenangriffe an dieser Stelle heftig erneuert, allerdings ohne wesentlichen Erfolg.

Zusammenfassend ist über den Stand der Kämpfe bei Verdun folgendes zu sagen: Der deutsche Angriff auf das Festungsgebiet um Verdun hat die Franzosen gezwungen, ganz außerordentliche Kräfte zur Verteidigung heranzu- ziehen, insbesondere auch sehr bedeutende Artilleriemassen. In vorderster Linie sind bisher auf der engen Frontbreite von wenig mehr als 40 Kilometer über 40 Divisionen eingesetzt worden. Die Kräfte allein, die hier mit unserer Kampffront in unmittelbare Berührung getreten sind, be- tragen also mehr als 20 Armeekorps. In Reserve sind noch weitere Divisionen zu vermuten. Das Angesichts einer solchen massenhaften Zusammenziehung von Vertei- digungsmitteln eine Verlangsamung unseres Vordringens mit Notwendigkeit eintreten mußte, liegt auf der Hand.

II.

An der flandrischen Front.

Im Vergleich zu den Kämpfen beiderseits der Maas treten die kriegerischen Ereignisse in allen Abschnitten der Westfront in den Hintergrund. Dennoch herrscht auf großen Teilen der Front alles andere als Ruhe, vielmehr eine ingrimmige ununterbrochene Kampftätigkeit, wenn auch mit örtlich begrenzten Zielen. Hervorzuheben ist, daß es in der Umgegend von Ypern zu heftigeren Kämpfen mit den Engländern gekommen ist.

Die „Eloi-Stellung“.

Welche durch einen überraschenden Angriff in den Besitz der Briten geraten war, wurde ihnen am 6. April wieder ent- zogen und gegen alle Gegenangriffe behauptet. Am 14. April gab auch die englische Flotte einmal wieder ein Lebenszeichen; sie unternahm es, sich vor der flandrischen Küste zu betätigen, um Minen und Sperren zu legen. Aber dieser Versuch wurde beim Auslaufen unserer Flotte rasch aufgegriffen, und unsere Torpedo- und Vorposten- boote säuberten die Küste. Im übrigen beschränkten die Engländer ihre Tätigkeit längs der ganzen von ihnen jetzt gehaltenen Front auf Artilleriekämpfe, Sprengtätigkeit und Patrouillenunternehmungen. Irdenbetwas Ernstliches zur Entlastung ihrer hart ringenden Verbündeten haben sie auch neuerdings nicht unternommen.

Aus der Tätigkeit der übrigen Abschnitte der Westfront ist noch hervorzuheben, daß ein deutscher Vorstoß nördlich des (bei Badonviller, ungefähr 15 Kilometer jenseits der deutschen Grenze auf der Höhe von Straßburg) zwei fran- zösische Linien in unseren Besitz brachte, während es ander- seits den Franzosen gelang, ein vorspringendes Waldstück bei ihnen im März ertrissenen Ville-aux-Bois-Stellung (südwestlich Reims) zurückzugewinnen.

Volks- und Kriegswirtschaft.

* **Heu- und Strohlieferung für das Heer.** Der Bundesrat hat eine Verordnung erlassen, durch die den Bundesstaaten die Verpflichtung zur ratenweisen Lieferung von 500.000 Tonnen Heu und 700.000 Tonnen Stroh für das Heer in der Zeit vom 15. Mai bis zum 15. August dieses Jahres auferlegt wird. Die Bundesstaaten sollen die auf sie entfallenden Mengen auf die Lieferungsverbände unterverteilen, die ihrerseits wieder die Gemeinden heran- ziehen können. Den Gemeinden ist die Befugnis gegeben, das Heu und Stroh nach Art einer Landlieferung zwangs- weise in Anspruch zu nehmen.

* **Verkehr mit künstlichen Düngemitteln.** Der Bun- desrat hat eine Bekanntmachung erlassen, nach der die §§ 2 bis 5 der Verordnung betreffend Einwirkung von Dösch- treiben auf laufende Verträge vom 11. November 1915 auf Verträge über Lieferung von künstlichen Düngemitteln ent- fallende Anwendung finden. Bisher konnten Händler, die laufende Verträge mit Herstellern nach der einen und mit Verbrauchern nach der anderen Seite abgeschlossen hatten, die Preise über dem Höchstpreis lagen, vom Verbraucher nur der Höchstpreis fordern, müßten dagegen dem Hersteller der höheren Vertragspreis weiterzahlen. Dieser Unbilligkeit wird durch die Verordnung ein Ende gemacht.

Aus Nah und Fern.

Herborn, den 12. Mai 1916.

* In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung wurde das Kollegium durch 12 Mitglieder, der Magistrat durch die Herren Bürgermeister Birkenhöl, Stadthalter Rüdert und die Magistratsräte Lehr, Remb und Schramm ver- treten.

Vor Eintritt in die Tagesordnung widmet der Herr Stadtverordneter-Vorsitzer dem durch den Tod ausgeschiedenen Stadtverordneten Stoll einen ehrenden Nachruf, verkündend, daß man dem Verstorbenen stets ein ehrendes Gedenken bewahren werde. Die Versammlung erhebt sich zu Ehren des Verstorbenen von den Sitzen.

1. **Bestellung der Veteranen von der Gemeinde-Ein- samensamkeit.** Die Versammlung stimmt dem Magistrats- beschluß zu und genehmigt die Vorlage und weiter dieselbe Vorlage in Bezug auf die Krankenschwestern.

2. **Genehmigung von Vertretungskosten für einen erkrank- ten Mittelschullehrer.** Herr Mittelschullehrer Klämer ist erkrankt und längere Zeit dienstunfähig. Der Magistrat hat nach Anhörung des Kuratoriums beschlossen, daß sechs Monate die Stelle vertretungsweise versehen zu werden und hierfür eine Vergütung von 125 Mk. pro Monat bewilligen. Der Stadt steht eine tüchtige Hilfskraft in der Lehrerin zur Verfügung und könnte dieselbe bereits

am kommenden Montag in die Kasse einspringen. Wird genehmigt.

3. **Freihändiger Verkauf von städtischen Grundstücken.** Es handelt sich um den Verkauf von 2 im Alsbach gelegenen Grundstücken, das eine 14,97 ar, das andere 16,75 ar groß an den Schatzmeister Rosetti zum Preise von 3 Mark pro Aute. Die Vorlage wird von der Versammlung ein- stimmig angenommen.

4. **Schiedsmannswahl.** Die Neuwahl ist wegen Ablauf der Wahlperiode erforderlich. Die Versammlung wählt beide Herren, welche bisher dieses Amt bekleidet haben wieder und zwar Herrn Louis Schumann sen. als Schiedsmann und Herrn Doeind als dessen Stellvertreter.

5. **Abbruch eines Vertrages wegen Rüstung von Schweinen.** Nach den Ausführungen des Herrn Bürger- meisters haben sich in der Stadt 40 Schweinezüchter mit 44 Schweinen unterschrieben, die Schweinemast zu betreiben. Die Versammlung stimmt einem diesbezüg- lichen Vertrage zu und beschließt weiter, daß den bedürftigen Jägern auf Antrag Zahlungsausstand zur Bezahlung der Futtermittel gewährt wird.

6. **Neuwahl eines Mitgliedes des Kuratoriums für die Mittelschule und die Bodelommission** anstelle des verstorbenen Stadtverordneten Stoll. Die Versammlung wählt, wie die Wahlvorschlagskommission vorgeschlagen und zwar für das erste Amt den Herrn Stadtverordneten-Vorsitzer und in die Bodelommission Herrn Stadtverordneten Ahrens; beide Herren nehmen die Wahl an.

7. **Mitteilungen.** Die Aufhebung Kneisch-Weißler ist genehmigt. — Dem Versammlungsbeschlusse über die Er- höhung der Hundesteuer ist der Magistrat beigetreten; die Steuer tritt ab 1. Oktober in Kraft. Der Herr Bürger- meister gibt der Versammlung sodann einen Bericht über die heutige Zeitlage und die Lebensmittelversorgung. Der Herr Redner fährt u. a. aus, wie seine Vorschläge in Bezug auf die Verteilung der Lebensmittel in Stadt und Land gerade von den ländlichen Abgeordneten im Kreislage abge- lehnt worden seien und hält die jetzige Verteilung in Stadt und Land auf die Kopfzahl, für eine ungerechtfertigte und den gegenwärtigen Verhältnissen nicht entsprechende; es würden sich die Folgen auch bald zeigen und zwar in einer Ent- fremdung zwischen Stadt und Land. Durch den freien Handel muß versucht werden etwas in die Stadt zu bekommen und die Geschäftsleute werden nicht mehr an auswärtige verlaufen können; auch der Brotverkauf, wie er bisher gehandhabt worden ist, wird eingestellt werden müssen, da das Getreide zur Mehl geht und es wird in Zukunft eben jeder mit der ihm zugeteilten Brotration zufrieden sein müssen. Nach einigen Worten über die Kartoffelversorgung widmet der Herr Redner noch der Fleischversorgung einige Worte; sie ist, wie sie jetzt geregelt werde, etwas Neues, da sie einheitlich sein soll im ganzen deutschen Reich. In unserem Bezirk wird durch diese Regelung das Vieh nicht mehr spazieren gefahren, sondern an einer Stelle im Kreise gesammelt werden und von den Beständen zuerst der Kreis versorgt und der Rest abgehoben. Der Kreis werde wöchentlich 14 Rinder, 25 Kälber, 1 Schaf und 61 Schweine erhalten. Vom 22. d. Mts. ab gelangen Fleischbäcker zur Einführung. Weiter ist der Erwartung Ausdruck gegeben worden, daß die Metzger nicht nach auswärts verlaufen und versenden; sollte hier ein Metzger nach auswärts verlaufen, dann würde ihm sofort die Fleischlieferung entzogen werden. (Bravorufe!) Mit der Einführung der Fleischbäcker werden auch die Höchstpreise für Fleisch festgesetzt werden. — Auf regierungsfestliche Anordnung muß auch hier in sämtlichen Metzgereien, in Gasthöfen usw. eine Durchsichtung nach Vor- räten stattfinden und die aufgefundenen Fleischbestände zum Besten der Gemeinde zur Verfügung gestellt werden. (Bravo- rufe!) — Die Eisenkarte wird in den nächsten Tagen eben- falls zur Einführung gelangen. — Der Herr Bürgermeister ersucht die Versammlung, dafür zu sorgen, daß alles über- flüssige Geld an die Reichsbank abgeführt wird. Wir haben noch Leute, die nicht wissen, daß Krieg ist, denen es gut gegangen und die den Krieg am eigenen Leibe noch nicht gespürt haben; sie müssen dahin gebracht werden, Opfer zu bringen, Opfer, wie sie unsere Helden draußen täglich und stündlich bringen.

Es folgt hierauf Schluß der öffentlichen Sitzung um 9 $\frac{1}{2}$ Uhr; es findet noch eine geheime Sitzung statt.

* **Mit Einführung der Fleischkarte für den Dill- kreis** ist jeder Haushaltungsvorstand berechtigt, soweit der Vorrat reicht, wöchentlich an Fleischwaren zu beziehen: für Personen über 6 Jahre je 750 g, für Personen unter 6 Jahre je 375 g. — Wie man uns mitteilt, ist zu er- warten, daß nach Einführung der Fleischkarte der Fleisch- bezug der Bevölkerung des Dillkreises bald wieder in aus- schließlich Weise geregelt sein wird. Die Fleischkarten sollen am 22. Mai in Kraft treten.

* **Wie wir hören, hat die Goldankaufskasse in der ersten Woche ihres Bestehens sich eines guten Zuspruchs zu erfreuen gehabt, insbesondere war der Verkehr am ver- gangenen Donnerstag recht lebhaft, ein Beweis dafür, daß die Bevölkerung des Dillkreises die hohe Bedeutung der Goldabgabe durchaus zu würdigen weiß und nicht davor zurückschreckt, alte ehrwürdige Stücke aus den Betrüben herauszuholen und seltene Antiken herzugeben, wenn sie das Vaterland bedarf. Schmuckstücke aller Art, wie Ringe, Ketten, Broschen, goldene Kreuze, Medaillons, auch Uhren wurden zum Ankauf angeboten. Besondere Aufmerksamkeit erregten zwei Prachtstücke: eine ganz ausnahmsweise schwere goldene Kette außereuropäischer Herkunft, anscheinend indischer oder japanischer Herkunft, sowie ein wertvolles Armband, bestehend aus fremdländischen Goldmünzen (Russland, Sichen- land, Tunis, Schweiz, England), mit maßig goldenen Ketten aneinandergereiht. Auch umlaufsfähige ausländische Goldmünzen wurden gebracht. Die Besitzer derartiger Stücke handeln jedoch in ihrem eigenen Interesse und nutzen dem Vaterlande mehr, wenn sie dieselben direkt zur Reichsbank bringen, welche das gemünzte Gold sehr hoch bewertet und zu wesentlich günstigeren Preisen abnimmt als die Goldankaufskasse zahlen kann, aus dem einfachen Grunde, weil sich das fremde Gold zur Bezahlung von Lebensmitteln und sonstiger notwendigen Bedürfnisse, die wir aus den betreffenden Ländern beziehen, besonders eignet. Welche Goldmengen lediglich für Nahrungsmittel verfügbar sein müssen, geht**

schon daraus hervor, daß der gesamte Ausfuhrzoll für die in Rumänien gekauften 100.000 Waggons Getreide in Gold hinterlegt werden mußte. Deshalb heißt alle mit, daß unser Land mit den notwendigen Lebensmitteln und sonstigen Bedürfnissen versorgt werden kann. Jögert nicht länger, sucht die verborgenen Schätze hervor und bringt sie dahin, wo sie jetzt allein hin gehören. Die Münzen zur Reichsbank und die Goldstücke zur Goldankaufskasse.

Die von den hiesigen Schulkindern zu Ostern für die Lazarette des hiesigen Bezirks gestifteten Osterker- haben die schöne Summe von 152 Stück ergeben. Die Ver- teilung erfolgte gleichmäßig auf die Lazarette Dillenburg, Herborn und Burg.

Frankfurt, 12. Mai. In der gestrigen Stadtverordneten- versammlung teilte Oberbürgermeister Voigt folgende Depesche mit, die der stellvertretende kommandierende General des 18. Armeekorps an das Ministerium des Innern in Darm- stadt und die Regierungspräsidenten in Kassel, Koblenz, Wiesbaden und Arnberg gerichtet hat:

„Erfuche um Veranlassung sofortiger Bekands- aufnahme von Fleisch und Fleischwaren aller Art für Metzger, Lebensmittelgeschäfte, Konservenfabriken, Rasthäuser, Lagerhäuser, Agenten, Hotels und Wirtschaften, Kontrolle der Anmeldungen durch Durchsichtungen und Beschlagnahme zurückgehaltener Waren zu Gunsten der Gemeinden.“

Für Frankfurt wurde dringend die Ausdehnung der Bekandsaufnahme auf Private gewünscht. Ferner teilte der Oberbürgermeister mit, daß der Magistrat in seiner Sitzung am Donnerstag für Frankfurt Höchstpreise für Rind- fleisch und Kalbfleisch festgesetzt habe.

Wiesbaden. Der ehemalige Betriebsleiter der Wiesbadener Volksküche, H. P. Effenberger, wurde wegen Betrugs und Betrugsversuch, Quittungsfälschung und Quittungsunterdrückungen zu 1 Jahr, 6 Monaten Gefängnis und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von drei Jahren verurteilt. Ein weiteres Verfahren wegen Unterschlagung von Nahrungsmitteln, die für Bedürftige, Kinder und Kranke bestimmt waren, schwebt noch.

Köln. Wie die „Rheinische Zeitung“ erfährt, ist der wegen der Fleischskandalaffäre vielfach genannte Metzger- meister Sommer verhaftet worden.

— **O Eine Kandidatin der Theologie.** In Karlsruhe hat sich der kirchlich abgehaltenen theologischen Prüfung neben sechs Theologiestudenten zum ersten Male auch eine Dame unterzogen. Oberkirchenratspräsident Dr. Nibel gab bei der Begrüßung der Kandidaten seiner besonderen Genehmigung darüber Ausdruck, daß in neuerer Zeit in Heidelberg auch Damen sich dem Theologiestudium widmen. Sie können nach der Verfassung der evangelischen Kirche zwar als Geistliche keine Verwendung finden, dagegen als Religionslehrer in den höheren Schuldiensten eintreten.

— **O Ein schwerer Diebstahl im buchhändlerischen Sinne** ist kürzlich in der Kiesgrube bei Bayersheim, Bezirk Neu- kreutz i. M., ausgeführt worden. Dort haben Diebe vier Feldbahnwagen, deren jeder etwa sechs Zentner wiegt, gestohlen. Die Wagen haben eine Spurweite von 60 Zentimetern. Der Unterbau, der den Namen der Firma Drenth u. Koppel-Berlin trägt, ist vollständig aus starkem Eisen. Nach den vermögenden Dieben wird eifrig gefahndet.

— **O Mehr Zehn- und Fünfspennigstücke aus Eisen.** Die vom Bundesrat erlassene Bekanntmachung über die Prägung von Zehn- und Fünfspennigstücken ermächtigt den Reichszentralbank, von diesen Münzen über die bisherige Grenze hinaus je fünf Millionen Mark prägen zu lassen.

— **O Der ungarische Wauwau.** Die Untersuchung in der Einfuhr von Mordaffäre hat ergeben, daß Bela Kih 74 Frauenpersonen Ehescheidungen gemacht hat. Der Auslaß eines sich freiwillig meldenden Zeugen zufolge be- fand sich Kih im November 1915 als Soldat in Raab, was gegen die früheren Angaben von Bekannten des Kih spricht, wonach dieser schon im Juli 1915 in Baljano ge- storben sein soll. Nach einer anderen Meldung soll das Bureau des Roten Kreuzes den Tod des Kih bestätigt haben. Die Bedienerin Jantel wurde inzwischen wegen Mangels an Beweisen aus der Haft entlassen. Die auf- gefundenen Frauenleichen befinden sich meist in lauernder Haltung, mit Striden verpackt. Eine jede hat einen Strid um den Hals. Mehrere Leichen wurden bereits rekonstruiert. In der einen wurde eine vor 10 Jahren verschwundene Adkin erkannt, in einer anderen eine vor vier Jahren verschwundene Dienstmagd, die ihre Er- sparnisse von 500 Kronen stets bei sich zu tragen pflegte. Wie verlautet, wurde festgestellt, daß Bela Kih vierund- sechzig Bräute gehabt hat. — Nachträglich wird noch die Mitteilung eines Arztes an die Polizei bekannt, wonach Kih aus der Gefangenschaft befreit sei und sich in einem ungarischen Ort in Pflege befinden soll.

— **O Liebeswerk in der Schweiz.** Zugunsten der Krankenpflegerinnen in den Armeen der kriegsführenden Staaten ist in der Schweiz ein neues Liebeswerk ge- gründet worden, das von Bundesrat Hoffmann und seiner Gemahlin sowie Nationalrat Ador gefördert wird. Es handelt sich um unentgeltliche Erholungsaufenthalte der in den Armeen der kriegsführenden Staaten beschäftigten Krankenpflegerinnen in der Schweiz während des kommenden Sommers. Ein von Nationalrat Seiler (Bern) veran- stalteter Versuch hatte letztes Jahr so befriedi- gende Erfolge, daß das Werk nunmehr auf breiter Grund- lage mit Hilfe schweizerischer Hotelunternehmungen durch- geführt werden soll.

— **O Neuterei auf holländischen Kriegsschiffen.** Im Haag eingetroffene Depeschen berichten, daß auf drei holländischen Schiffen in holländisch-indischen 300 Mann der Besatzung gemauert haben und ohne Urlaub gelandet sind. Die Kommandanten weigerten sich, mit den Deserteuren zu verhandeln und forderten bedingungslos Übergabe. 200 Mann vertrieben sich in Batavia und Umgebung und werden jetzt von Patrouillen aufgesucht. 60 sind bereits gefangen genommen worden. Alle Urlaubsberechtigungen wurden aufgehoben. Kein Matrose darf an Land gehen.

— **O Denkmal für den letzten Präsidenten der Republik Transvaal.** Am Samstag den 15. April ist der Gemeinde Le Chatelard offiziell die bronzene Gedenktafel überreicht worden, die der Engländer James Swenwright gestiftet hat. Die Gedenktafel befindet sich am Giebel des Hauses, das nun den Namen Villa Krüger trägt. In jenem Hause starb am 14. Juli 1914 der letzte Präsident der Republik Transvaal. Die Feierlichkeiten fanden in aller Einfachheit und in Gegenwart von wenigen Personen statt. Die bronzene Platte trägt in lateinischer und englischer Sprache

Folgende Aufschrift: In diesem Hause starb in der Verbannung am 14. Juli 1914 Paul Krüger, der letzte Präsident der Transvaal-Republik.

o Beschränkung des Butterverbrauchs. Der Reichskanzler (Reichsamt des Innern) hat, wie in einem Ministerialerlass mitgeteilt wird, die Zentral-Einkaufsgesellschaft angewiesen, von jetzt ab Butter nur noch an solche Gemeinden und Gemeindevorstände abzugeben, in denen der Butterverbrauch der Gasse, Schank- und Speisewirtschaften, der Vereins- und Erfrischungsräume, sowie der Bäckereien und Konditoreien auf ein Drittel des Durchschnittsverbrauchs des Jahres 1915 beschränkt worden ist. Ob die Voraussetzungen für die Abgabe von Butter durch die Zentral-Einkaufsgesellschaft an Gemeinden und Gemeindevorstände vorliegen, soll nach Bestimmung des Reichskanzlers im Zweifelsfalle vom Butterverteilungsbeirat oder den durch ihn bezeichneten Stellen entschieden werden. Im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden des Butterverteilungsbeirats ist diese Entscheidung in Preußen den Regierungspräsidenten übertragen worden. Bei der Durchführung der Beschränkung des Butterverbrauchs ist, wie es in dem Erlass weiter heißt, darauf zu achten, daß nicht nur der Bezug der unter Überwachung der Gemeinden und Gemeindevorstände ausgegebenen Butter auf ein Drittel beschränkt wird, sondern auch der tatsächliche Butterverbrauch. Es fallen also auch die Butterbezüge derartiger Betriebe von außerhalb, insbesondere im Postverkehr, unter die Beschränkung.

Aus dem Gerichtssaal.

o Fett oder Fettlos? Ein Vollgeizbeamter in Viegitz hatte sich kürzlich an einem fettlosen Tage in einer dortigen Gastwirtschaft Gachfleisch verabreichen lassen, das nach seiner Ansicht mit Butter gebraten war. Die Frau des Gastwirts war deshalb sehr über den Schöfengericht angeklagt und machte geltend, daß bei der Verurteilung doch immer noch Zweifel übrigbleiben und legte auch eine diesbezügliche Stellungnahme vor. Als Fett im Sinne des Gesetzes gelten a. B. nicht Gänse- und Kalbsnierenfett, ebenso wie Bouillon aus Kalbsknochen nicht als Fett anzusprechen sei. Die Polizei sei um Aufklärung vergeblich gegangen worden. Das fragliche Gachfleisch sei nun mit Kalbsnierenfett zubereitet worden. Die Sache mußte schließlich vertagt werden, um die Röhren zu vernehmen, die das Gachfleisch gebraten hat.

Weisburger Wetterdienst.

Aussichten für Sonntag: Veränderliche Bewölkung, doch nur flüchtige geringe Regenschauer, Temperatur wenig geändert.

Letzte Nachrichten.

Eine Unterredung mit dem preussischen Landwirtschaftsminister.

Berlin, 13. Mai. (Z.) Ein Mitarbeiter der „Voss. Ztg.“ hatte eine Unterredung mit dem Landwirtschaftsminister Freiherrn von Schorlemer-Lieser, in deren Verlauf sich der Minister wie folgt äußerte: Die Fleischversorgung wird sich in Zukunft wieder günstiger gestalten. Der Weidewirtschaft des Rindviehs läßt eine Gewichtszunahme erwarten, die um so mehr für die Fleischversorgung von Bedeutung sein wird, solange es gelingt, die nicht oder nicht ausreichend ausgemästeten Tiere der Schlachtkasse zu entziehen. Zum Schluß wies der Minister darauf hin, daß wir im Jahre 1915 eine so geringe Ernte hatten, wie Deutschland sie selten erlebte. Das habe natürlich die Viehhaltung sehr ungünstig beeinflusst. Wenn es trotzdem gelang, mit unseren Erzeugnissen bei entsprechender Einschränkung hauszuhalten, so sei bei den günstigen Ernteaussichten dieses Jahres wohl zu erwarten, daß nicht allein von Aus Hungertung keine Rede sein könne, sondern daß auch die im Inlande erzeugten Lebensmittel in reichlicherem Maß zur Verfügung stehen werden.

Rücktritt des Staatssekretärs Delbrück.

Berlin, 13. Mai. (Z.) Wie wir hören, hat sich der Staatssekretär des Innern, Dr. Delbrück, wegen seines Gesundheitszustandes genötigt gesehen, ein Abschiedsgesuch einzureichen. Der Minister leidet an Furunkulose als der Folge einer leichten Zuckerkrankheit und bedarf nach ärztlichem Rat einer längeren Kur. Ueber die Person des Nachfolgers ist mit Rücksicht auf die schwebenden Organisationsfragen eine Entscheidung erst in einigen Tagen zu erwarten. — Zu Delbrücks Rücktritt schreibt die „Deutsche Tagesztg.“: Obwohl wir glauben, daß seine Fähigkeiten zu unbefangener Würdigung der Verhältnisse unter a. deren Umständen vielleicht zu einer positiver gerichteten Politik bereit gewesen und obwohl wir seine mannigfaltigen Verdienste um das Reich ebenso wenig verkennen wie seine Fähigkeiten, müssen wir bei seinem Abgang doch zum Ausdruck bringen, daß seine Wege immer weniger die unseren sein konnten. Die „Voss. Ztg.“ würdigt den Realpolitiker Delbrück, spricht von dem Herrenhandpunkt des Staatssekretärs und erinnert an die Worte: Wir wollen unseren Arbeitern gegenüber nicht den Herrenhandpunkt vertreten, sondern wir wollen das Maß von Kommandogewalt haben, das der höhere Offizier über den niederen Offizier oder der Leutnant über seine Soldaten hat. Der „Lokal-Anz.“ benutzt den Rücktritt Delbrücks, um ein Reichsamt für Lebensmittelversorgung zu fordern. Auch sein Nachfolger wird die Schwierigkeiten nur schwer überwinden, an denen die Arbeitskraft dieses genialen, maßvollen und kenntnisreichen Mannes gescheitert ist. Es scheint der Beweis erbracht zu sein, daß zum mindesten während der Dauer des Krieges die Frage der Lebensmittelversorgung des deutschen Volkes, deren muftergültige Lösung eine unerlässliche Bedingung unseres Sieges ist, einer besonderen Behörde übertragen werden muß.

Die Stimmung in Amerika.

Berlin, 13. Mai. (Z.) Dem „Berl. Tagbl.“ wird durch Funkpruch aus New York gemeldet: Der allgemeine Eindruck der deutschen Note ist die Befriedigung darüber, daß Deutschland den Forderungen Amerikas nachgegeben habe. Man ist der Ansicht, daß Deutschland sich geschickt aus einer misslichen Lage herausgezogen habe und die Fortdauer der freundschaftlichen Beziehungen möglich gemacht hat. Das amerikanische Volk habe kein Verlangen nach einem Kriege mit Deutschland. Der Streit sei zum mindesten

vertagt. Ein Teil der Zeitungen bezeichnet den Ton der Note als mütterlich und unheimlich. Die Regierung ist sehr gespannt, ob Deutschland auf die letzte Note noch einmal antworten wird. Präsident Wilson nimmt die deutschen Versprechungen im Unterseebootskrieg an. Staatssekretär Lansing hat erklärt, daß Mißgriffe in der Unterseebootspolitik künftighin als unzulässig und unentschuldigbar angesehen werden müssen. Die amerikanischen Konsuln sind angewiesen worden, eine Untersuchung über den Untergang des Dampfers „Cymric“ anzustellen.

Havas und Verdun.

Paris, 13. Mai. (Z.) Havas meldet: Nach einer Woche wütenden Kämpfe ist die Schlacht bei Verdun jetzt zur Ruhe gekommen. Die feindlichen Angriffe in der Nacht vom 10. zum 11. Mai im Westen des Sees bei Baz wurden mit Handgranaten und mit dem Bajonett abgeschlagen. Die letzten 24 Stunden charakterisieren sich durch ein Artilleriegefecht bei Avocourt und einer Beschießung der 2. Linie im Walde von La Caillette. Die Deutschen werden zweifellos die Pause benutzen, um ihre Truppen zu ergänzen, die Batterien wiederherzustellen und an andere Orte zu bringen sowie ihren Munitionsvorrat aufzufüllen. Der Kampf wird dann von neuem beginnen, aber die Schlacht hat abgesehen von einigen kleinen Erfolgen zu Beginn des Kampfes nur ein negatives Resultat gezeitigt, sodaß wir der neuen Offensive mit Vertrauen entgegensehen können: Verdun bleibt uneinnehmbar.

Unterschlagungen eines russischen Komiteedirektors.

Stockholm, 13. Mai. (Z.) Kammerherr Bilbassa, der leitende Direktor, des unter dem Vorsitz der ältesten Tochter des Zaren wirkenden sogenannten Tarsana-Komitees hat ungeheure Unterschleife begangen und ist nach einer Hausdurchsuchung verhaftet worden.

Die Erledigung des englischen Dienstpflichtgesetzes.

London, 13. Mai. (Z.) Reuter berichtet: Im Parlament ist die Diskussion über die Artikel des Dienstpflichtgesetzes ohne Zwischenfall erledigt. Das Gesetz wird in der kommenden Woche in Kraft treten.

Ein neues Aut el Amara am Persischen Golf.

Karlsruhe, 13. Mai. (Z.) „Nowoje Wremja“ meldet aus London, daß in der Nähe von Buschir (Persischer Golf) neuerdings heftige Zusammenstöße zwischen englischen Truppen und persischen Aufständischen stattgefunden haben. Die Engländer haben sich in Buschir stark verschanzt, während die Perser Buschir belagern. Eine englische Stellung, bestehend aus einem Bataillon Infanterie und einem Regiment Jäger machte in der letzten Woche einen Ausfall und griff die stark verschanzten aufständischen Perser an, konnte jedoch die Befestigungen des Feindes nicht durchstoßen und mußte sich ergebnislos zurückziehen.

Für die Redaktion verantwortlich: Otto Beck.

Anzeigen.

Bekanntmachung

betreffend Kaffee.

Der Kriegsausschuß für Kaffee, Tee und deren Ersatzmittel G. m. b. H. in Berlin macht bekannt, daß von den ordnungsmäßig angemeldeten und bei ihm verbuchten Beständen an Rohkaffee vorerst eine Quote von insgesamt 10 % jeder einzelnen Sorte zum Verkauf und zur Abfüllung unter folgenden Bedingungen freigegeben wird:

1. An den Verbraucher darf Kaffee nur in geröstetem Zustande verkauft werden.
2. In jedem einzelnen Falle darf nicht mehr als 1/2 Pfund gerösteter Kaffee verkauft werden. Der Verkauf ist nur gestattet, wenn gleichzeitig an denselben Käufer die gleiche Menge Kaffee-Ersatzmittel abgegeben werden.
3. Der Preis für 1/2 Pfund gerösteten Kaffee und 1/2 Pfund Kaffee-Ersatzmittel darf zusammen 2,20 Mk. nicht übersteigen.
4. An Großverbraucher (Kaffeehäuser, Hotels, Gastwirtschaften, gemeinnützige Anstalten, Lazarette usw.) darf an Kaffee nur die Hälfte desjenigen Quantums in wöchentlichen Raten verkauft werden, das ihrem nachweisbaren wöchentlichen Durchschnittsverbrauch der letzten drei Betriebsmonate entspricht; es müssen auch in diesem Falle mindestens die gleiche Menge Ersatzmittel verkauft werden.
5. Fertige Mischungen von geröstetem Kaffee mit Ersatzmitteln müssen mindestens die Hälfte Kaffee-Ersatzmittel enthalten. Der Preis für diese Mischungen darf, wenn sie 50 % Kaffee enthalten, 2,20 Mk. pro Pfund nicht übersteigen. Enthaltene die Mischungen einen geringeren Prozentsatz Bohnenkaffee, so ist der Verkaufspreis dementsprechend niedriger zu stellen. Denjenigen Verkäufern von Kaffee, Kaffee-Ersatzmitteln und fertigen Mischungen, welche die obigen Bedingungen nicht enthalten, wird durch den Kriegsausschuß ihr gesamter Vorrat an Kaffee abgenommen werden.

Betreffend Tee.

Der Kriegsausschuß für Kaffee, Tee und deren Ersatzmittel G. m. b. H. in Berlin macht bekannt:

Die angemeldeten Bestände an grünem Tee werden hiermit unter der Bedingung freigegeben, daß der Verkaufspreis im Groß- und Kleinhandel 2,50 Mk. für 1/2 Kilo verzoßt nicht übersteigt.

Vorstehende Bekanntmachung wird hiermit zur Kenntnis und strengsten Beachtung bekannt gegeben.

Herborn, den 13. Mai 1916.

Der Bürgermeister: Birkendahl.

Am Montag, den 15. Mai, vormittags 8 Uhr

lasse ich in der Gastwirtschaft Schumann in Breitscheid die Bestände an Kolonial- und Manufaktur-Waren,

die zur Konkursmasse Schmidt in Breitscheid gehören, versteigern.

Rechtsanwalt Wehlert als Konkursverwalter.

Bekanntmachung

betreffend

gewerbliche Fortbildungsschule.

Nachdem der Herr Regierungs-Präsident zu Wiesbaden die Einführung des Turnens als Lehrgegenstand des Pflichtunterrichts in den beiden ersten Jahrgängen der gewerblichen Fortbildungsschule genehmigt hat, werden, im Einvernehmen mit dem Schulvorstand, die Turnunterrichtsstunden auf Dienstag und Freitag Abend 8 1/2 Uhr festgesetzt. Die erste Unterrichtsstunde wird Dienstag, den 16. d. Mts. abgehalten. Die Turnübungsstunden finden auf dem Schießplatz statt.

Nichterscheinen wird gemäß den Bestimmungen des Ortsstatuts betreffend die gewerbliche Fortbildungsschule in der Stadt Herborn unnausschüttlich bestraft.

Herborn, den 13. Mai 1916.

Der Bürgermeister: Birkendahl.

Bekanntmachung.

Die Kreis- und Gemeinde-Grunderwerbsteuern für das Rechnungsjahr 1916 liegen vom 15. Mai d. J. ab 8 Tage lang zur Einsicht auf Zimmer Nr. 6 des Rathauses offen.

Einsprüche gegen die Heranziehung oder Veranlagung sind innerhalb einer Frist von 4 Wochen, vom Tage des Beginns der Offenlage der Liste ab gerechnet, anzubringen und zwar:

- a. zur Kreisgrunderwerbsteuer nach § 16 des Kreis- und Provinzialabgabengesetzes vom 23. April 1906 bei dem Kreisaußschuß in Dillenburg;
- b. zur Gemeindegrunderwerbsteuer nach § 61 des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893 beim Magistrat.

Herborn, den 12. Mai 1916.

Der Magistrat: Birkendahl.

Bad Salzhausen Oberhessen

Bahnlinie Frankfurt-Midd.: von Frankfurt a. M. 1.2 Std., v. Gießen 1.1 Std. v. Gelnhausen in 1 Std. zu erreichen. Solbad in staatlicher Verwaltung. Kochsalz-, Lithium-, Stahl- und Schwefelquellen. Herrl. Park und Wald, ruhige Lage. Erholung bei Folgezuständen des Krieges (F. Kriegtellen, Vergnügen). Kinderheim (privat). Arzt. Grosse Badeleitung.

In Herborn auf dem Schießplatz:

Birkusarena Rübler.

Samstag 2 Vorstellungen, nachmittags 1/2 4 Uhr und abends 8 Uhr.

Vorführung von dressierten Pferden, Hunden und Affen. Interessantes Programm. Die Direktion

Der Tüchtige

Feuer- und Bördelschmied

wird gegen hohen Lohn sofort eingestellt.

Dampfkesselfabrik Weinbrenner,

Heimkirchen, Kreis Siegen.

Tüchtigen Maurer

sucht Landes-Heil- und Pflege-Anstalt Herborn.

Strohputz, Strobin zum Reinigen der Strohhüte empfiehlt **Drogerie A. Dorand, Herborn.**

Gesunden: Eine Broche. Polizeiverwaltung Herborn.

Ein alterer Arbeiter, der die Landwirtschaft versteht für dauernde Arbeit auf sofort gesucht. **August Schuster, Roßbandlung und Landwirtschaft.**

Tüchtiges Mädchen sucht zum 1. Juni oder später. **Frau Robert Schneider, Wehlar, Langgasse 64.**

Statt Karten!

Marie Weisgerber

Albert Selzer

Verlobte.

Herborn, im Mai 1916.